



TAGUNG
*„Mandat und Macht
Protestantismus inmitten politischer Herausforderungen“*
18./19. Januar 2019
Hamburg

Um was wir streiten...
Einblicke in die politische Kultur von nordelbischer Kirche und Nordkirche

Anmerkungen von Oberkirchenrat i.R. Wolfgang Vogelmann

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich gefragt wurde, ob ich bei dieser Tagung meine Erfahrungen als Oberkirchenrat im aktiven Dienst der nordelbischen und später der Nordkirche einbringen wolle, habe ich gerne zugesagt. Denn mir lag und liegt daran, einen Beitrag zu den politischen Herausforderungen für den Protestantismus zu liefern.

Drei Anmerkungen zu der Frage von „Macht und Mandat“: die **erste** zu den Erfahrungen mit der politischen Kultur in der nordelbischen und später in der Nordkirche; die **zweite** als ein Nachdenken, worüber wir aus meiner Sicht streiten, wenn wir über das politische Mandat der Kirche streiten und die **dritte** Anmerkung, mit einem Vorschlag, welche Aufgabe ich auf den Protestantismus zukommen sehe und was er dabei leisten könnte.

Die erste Anmerkung: In der nordelbischen Kirche hatte sich eine besondere politische Kultur ausgebildet. Schon in den 70er Jahren war unter Einbindung von Gemeindegruppen, Initiativgruppen und Parteien ein Dialog zwischen verschiedenen politischen Ansichten innerhalb der Kirche und diese übergreifend entstanden, durchaus strittig, wie damals oft in den Landeskirchen, strittig auch gerade wegen des „politischen Mandats“. Damals waren es oft auch pietistisch, evangelikal oder charismatisch bewegte Gruppen mit einer eher konservativ ausgelegten zwei-Reiche-Lehre, die diese Fragen ansprachen.

Als herausragendes Beispiel ist die „Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion HikMuGa“ zu nennen (jetzt von Luise Schramm als ein Beispiel der politischen Arbeit der Evangelischen Kirche untersucht und 2018 erschienen), die seit 1976 im Konflikt um das AKW Brokdorf tätig war; als zweites nenne ich den in 80er Jahren errichteten Kirchenleitungsausschuss Frieden und Abrüstung. Er stellte eine Plattform bereit, auf der die pazifistischen Positionen von kirchlichen Friedensgruppen, die Impulse von Gemeindegruppen und Initiativen der Friedensbewegung mit der Bundeswehr und die verteidigungspolitischen Grundsätze der politischen Parteien diskutiert wurden. Dabei sind zusätzlich Ergebnisse aus der Friedensforschung aufgegriffen und für die Kirchenleitung aufbereitet worden. So konnte die Kirche in der friedenspolitischen Debatte kompetent auftreten. Akteure der



Zivilgesellschaft - wie man in den 90ern gerne sagte – also kirchliche Aktions- und Initiativgruppen, Partnerschaftsgruppen in den Gemeinden (mit Ländern des Südens), nichtkirchliche entwicklungspolitische Gruppen sowie NGOs und monothematische Solidaritäts- und Interessengruppen organisierten Diskussionsprozesse, die gerade sich widerstreitende Positionen zusammenbrachten. Es wurde auch mit durchaus akademischem Anspruch Sachfragen debattiert und politisch bewertet. Klug, Streitbar, kompetent und polemisch – so ging es zu, man debattierte teils sogar erbittert – ich erinnere nur an den Früchteboycott gegen Südafrika. Entsprechend gab es auch Gruppen, die die Kirche damit verließen, denen die Richtung nicht mehr passte. Es sei nochmals deutlich gesagt, dass manche Debatten so kontrovers waren, dass bisweilen die Gefahr neuer Spaltungen entstand. Dennoch blieb man gerade wegen der entstandenen politischen Kultur beieinander und es entstanden politische Prozesse, die zu synodalen Entscheidungen führten. Ich nenne nur die wichtigsten politischen synodalen Stellungnahmen, die aus diesen politischen Prozessen erwuchsen:

1993 wurde der Prozess **„Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“** mit Partnerschaftsgruppen, dem kirchlichen Entwicklungsdienst, Aktionsbündnissen mit alternativen und streitbaren Thesen zur Globalisierung abgeschlossen. Seitdem wurde ein Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft in einem eigenen Arbeitskreis geführt und intensiviert.

1996 wurde – ebenfalls nach langen Diskussionsprozessen in Gemeinden, Kirchenkreisen, der Evangelischen Akademie mit den Interessengruppen die Frage der alternativen Lebensformen (also Alleinerziehende, Homosexuelle, Lesben, Transsexuelle etc.) mit der Handreichung **„Ehe – Familie – andere Lebensformen“** synodal auf den Weg gebracht. Die Handreichung an die Gemeinden gegeben und nach weiteren Diskussionen im Jahre 2000 das Thema mit der Entscheidung über die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare für die Nordelbische Kirche abgeschlossen. Erst dann war der Einspruch der Bischöfe gegen den Synodenbeschluss 1996 durch die VELKD geklärt. Dieser Vorgang warf ein Licht auf die Verfassung: Bischöfe haben einen Einspruch gegen Synodenbeschlüsse zu erheben, wenn diese dem Bekenntnis widersprechen.

2000 wurde ebenfalls unter dem Thema **„Die andere Globalisierung“** ein Thesenpapier der Synode zu Fragen Ökumene (als andere Globalisierung), der sozialen Lage in Deutschland, dem Ungleichgewicht von hochindustrialisierten und Rohstoffe liefernden Ländern sowie dem weltweit auftretenden Ungleichgewicht von regionalen und urbanen Zonen diskutiert und verabschiedet.

2005 hat die Synode unter Aufnahme des ökumenischen Themas „Gewalt überwinden“ eine Stellungnahme zu friedensethischen, friedenspädagogischen und friedenspolitischen Fragen unter dem deutlichen Titel **„Verstrickt, aber im Aufbruch - Kirche auf dem Weg zur Überwindung von Gewalt“** verabschiedet.

Dann erwischten uns interne Strukturdebatten – sowohl in der nordelbischen Kirche wie auf dem Weg der Fusion zur Nordkirche. So folgte erst 2015 das Klimaschutzgesetz der Nordkirche, ebenfalls nach langen Debatten – aber im Wesentlichen nur noch mit innerkirchlichen Auseinandersetzungen, denn öffentlich war das Thema schon längst diskutiert und entschieden, wenn auch die Umsetzung bis heute auf sich warten lässt.

Überblickt man diese Reihe von thematischen Stellungnahmen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, so meine Erfahrung, waren es offene und nochmals betont, höchst streitbare Diskussionen, die aber niemals in Polemik und gegenseitige Verteufelung abglitten. Dabei gingen die Fragen von



den Gemeindemitgliedern (auch unterschieden nach Milieus) aus – dafür oder dagegen, fragend und fordernd, bisweilen mit dem Stadteilbüro eines Abgeordneten der Bürgerschaft oder des Parlaments. Es war eine hohe politische Kultur, die nicht mehr nach dem Mandat fragte, sondern nach der sachlich angemessenen, theoretisch gut reflektierten Diskussion suchte, Einwänden der Gegner Rechnung tragen konnte und wollte; das lähmte nicht, sondern führte zu guten Entscheidungen. Das war für manche unbefriedigend, weil sie konsequentere Positionen erwarteten, moralische Urteile deutlicher ausgeprägt sehen wollten oder die gefundenen Kompromisse als zu kurz gegriffen bewerteten. Ebenso aber gab es mit eher biblisch-fundamental orientierte Christen, die in Sammlungsbewegungen, Freikirchen oder in die Gemeinschaftsbewegung abwanderten; spektakulär war Hans Apel, der sich an der SELK orientierte und mit der NEK brach.

Die zweite Anmerkung: Angesichts dieser gewachsenen politischen Kultur, die derart auch bei anderen Landeskirchen ausgeprägt war (und ist), scheint mir die Frage, wie politisch die Kirche sein darf, sein kann oder sein soll, fast schon überholt oder jedenfalls doch eigentümlich verzerrt. Denn jede Organisation, sei es der kommunale Verband, ein Verein wie der ADAC oder auch die Kirche, vertritt ihre Interessen und Anliegen, Meinungen und intern gebildeten Ansichten innerhalb der Gesellschaft. Allerdings wurde und wird die Legitimität dieses Mandats in Frage gestellt: Darf die Kirche für eine politische Position oder gar parteipolitische Meinung eintreten? Ja, darf sie sich überhaupt zu politischen Fragen äußern? So fragen (und behaupten) Gemeindemitglieder, Politiker und gerne auch die (ver)öffentlichte Meinung (in den verschiedenen Medien). Mit der Frage ist schon behauptet: das darf die Kirche nicht. Worum geht es, wenn ihr dieses Mandat bestritten wird?

Die erste Vermutung lautet: es geht um eine ethische Position, gegen die die Frage des Mandats in Stellung gebracht wird. Dies erlebte ich erstmals persönlich 1991. Ich wurde in die Hermann-Ehlers-Akademie eingeladen, zu einem Treffen aller anderen Akademiendirektoren in Schleswig-Holstein, also von Sankelmark, Leck, Leitern von Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen wie der Heimvolkshochschule etc. Dort sollte ich mich rechtfertigen und begründen, warum in der Kapelle der Ev. Akademie eine Kerze für die Opfer in dem 1. Irakkrieg aufgestellt war. Überraschenderweise saßen dort auch Angehörige der Bundeswehr, - sowohl aus der FüAk wie der Bundeswehr-Hochschule. Sie alle zeigten sich als Verantwortungsethiker und warfen mir eine Gesinnungsethik vor. Dass ich sehr bewusst **alle Verwundete und Getötete, seien es Zivilisten oder Soldaten auf welcher Seite auch immer** einschloss, die Berechtigung des Krieges allerdings bezweifelte, machte mich zu dem Gesinnungsethiker, der damit aus dem politischen Diskurs auszuschließen war.

Der Streit könnte allerdings auch um **eine theologische Frage** gehen, wie z.B. der, ob den Seligpreisungen der Bergpredigt und der dortigen Verschärfung des Gesetzes unbedingt zu entsprechen sei. Dann wäre es ein Streit um den tertius usus legis, ob also die Getauften dem Gesetz Gottes folgen müssen. Dann wäre aber auch zu debattieren, wie wir heute auf das Misstrauen der hebräischen Bibel gegenüber dem König und dem Königtum mit unserer politischen Ethik reagieren. Denn die Erfahrung der hebräischen Schrift lautet: wenn sich die Regierung über Gottes Gebot hinwegsetzt, endet dieses Experiment in babylonischer Gefangenschaft.

Gängig ist auch, dass der Streit **um die Unterscheidung von Vorletztem und Letztem** gehen könne; dass die Kirche zwar auch in politischen Fragen eine Orientierung geben könne und sich damit zu



„vorletzten Fragen“ äußern dürfe, sie aber vor allem für „letzte Dinge“, nämlich das persönliche Seelenheil und das Jüngste Gericht zuständig sei.

Lassen wir die Vermutungen, von denen es noch mehr geben mag. Lieber greife ich auf meine Erfahrung aus politischen Debatten zurück: allzu oft werden dies gerade unterschiedenen Ebenen und Argumente miteinander vermischt. Es wird eben nicht genau unterschieden, welche Sachfragen, welche politischen Alternativen, welche ethischen und moralischen Urteile und welche theologischen Fragestellungen berührt werden. Heute müssen wir hinzusetzen: und wie sich in den verschiedenen sozialen Milieus und Medien abbilden.

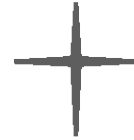
Ich möchte das an einem Thema zum G-20-Gipfel deutlich machen: Im Vordergrund der vorausgehenden und nachfolgenden Debatte zu G-20 stand und steht der Diskurs über Gewalt und die Angst und Abwehr von Terror. Bis heute dominiert dieser Diskurs die Wahrnehmung, Berichterstattung und Bewertung der Ereignisse. Damit kein falscher Eindruck entsteht: ich stehe eindeutig zu dem staatlichen Gewaltmonopol, das rechtlich geregelte Abläufe bereitstellt und damit auf Gewalt begrenzt. Und ich bin immer für eine gewaltlose Form der Demonstration und des zivilen Ungehorsams eingetreten

Doch ist der jetzige Diskurs über Gewalt verengt und verkürzt. Denn es sind weitere Diskurse aufgerufen, die öffentlich eher weniger betont wurden: z.B. der Diskurs über die Stellung von Ökonomie zum politischen System und der offenen Konflikte darüber, wer wem gegenüber was zu sagen hat bzw. welche Rolle den Rahmenbedingungen zukomme. Das erleben wir gegenwärtig bei der Dieselthematik und der Mietthematik – wenn der Immobilienverband Klage gegen die Bundesregierung erheben und Schadensersatz einfordern will für entgehende Gewinne. Darüber hinaus ist der Diskurs über die Entwicklungsperspektiven in den ehemaligen Kolonien des Westens berührt. Welche Gewaltgeschichten und welche Gewaltformen bestehen fort, welche politischen Möglichkeiten, diese zu ändern, stehen bereit? Insofern war das Afrikatreffen der Bundeskanzlerin ein wichtiger und richtiger Schritt und die Diskussionen auf Kampnagel eine nötige Ergänzung zu dem Gipfel der Regierungen. Und schließlich ist der Ökologiediskurs berührt: denn selbstverständlich sind die ökologischen Fragen angesichts der Problematik des Klimawandels, Artensterbens, etc. nicht mehr zu übergehen.

Da es dabei um das Überleben vieler geht und außerdem die Interessen verschiedenster Akteure berührt sind, werden die Diskurse emotional aufgeladen, belastet und positionell besetzt. Extreme Beispiele für „positionell“ sind auf der einen Seite: für Trump gibt es Klimawandel nicht, andererseits krasser Bruch mit der fossilen Industrie ohne Kompensationsfragen solcher Entscheidungen und deren Opfer zuzulassen. Zudem sind die politischen und ökonomischen Machtkonstellationen und Rechtsfragen bisher im Blick auf die Konsequenzen offen.

All diese Fragestellungen und Diskurse waren angesichts des G-20-Gipfels präsent, virulent und prallten aufeinander. Politiker, Historiker und Ökonomen können diese Diskurse beschreiben, verknüpfen und in sie eingreifen. Sie werden sie auswerten je nach ihrer Perspektive und ihrer Lebenswelt. Ein Christ wird sie auch beschreiben und, so wie ich, mit den Erfahrungen aus den Partnerkirchen verbinden, also auch aus deren Perspektive und Lebenswelt wahrnehmen. Dazu haben wir, wie gesagt, aus den Partnerkirchen entsprechende Berichte, Erfahrungen und persönliche Einschätzungen.

Dann ist feststellbar: Landraub, entsprechend kulturelle Entwurzelung sowie die Zerstörung von Natur. Bisweilen wird auch die staatliche Gewalt ausgehebelt. Es sind Machtstrukturen entstanden, die man nur bei zerfallenen Staaten kennt; das trifft zu bei den Folgen des Abbaus von Coltan im Kongo, von



Bauxit in Indien, Kohle in Peru. Bisweilen bilden sich mafiöse Strukturen aus, Korruption greift um sich und persönliche Bedrohung oppositioneller Kräfte findet statt. Hier versagt dann eine Begrenzung der Gewalt durch Recht. Zu sehen ist vielmehr die Explosion von Gewalt in allen drei Formen: als physische, strukturelle und psychische Gewalt. Wie verhält sich diese Gewalt dann zu der Gewalt der Opposition?

Als Christ kann ich die eigene Verstrickung in diese Gewalt nicht leugnen und komme um die Thematik von Sünde und Schuld nicht herum. Streiten wir möglicherweise also um die Frage der Schuld und des Schuldigwerdens? Streiten wir möglicherweise darum so emotional? Wollen wir der eigenen Realität nicht ins Gesicht sehen?

Solche Gedanken bringen mich zu der letzten Vermutung: Dem Streit um das politische Mandat liegen möglicherweise auch die existentiellen Fragen nach Schuldeinsicht, Schuldanerkenntnis und Schuldverleugnung zugrunde. Die Vehemenz der Positionen, die verfochten werden und die Vehemenz des Widerspruchs – etwa bei dem „Nichts ist gut“ von Bischöfin a.D. Käsmann – könnte als Bestätigung dienen.

Daher möchte ich ein Element bei dem Gottesdienst in der Hauptkirche St. Katharinen hervorheben, das mich beeindruckt hat: genau diese Verstrickung in Gewalt und die Schuldeinsicht wurde vorgeführt und im Fürbittengebet eine entsprechende Bitte um Vergebung eingeschlossen – und das war beeindruckend, hilfreich und richtig. Denn erst diese Einsicht, dass Menschen sowohl durch das Unterlassen als auch das Eingreifen schuldig werden können, möglicherweise Menschen niemals schuldlos bleiben werden, befreit uns und schenkt uns die Freiheit in Alternativen zu denken. Und wir als Kirche wissen nicht nur, dass Schuld vergeben, sondern dass Neuanfänge ermöglicht werden.

Die letzte und dritte Anmerkung: Umso wichtiger wäre es dann, und damit komme ich auf den Beginn zurück, umso wichtiger wäre dafür zu sorgen, dass politische, existentielle und ggf. auch sachlich komplexe Probleme politikfähig werden. Und noch einmal: gerade tabuisierte Themen und abgewehrte Realität können wir leicht in einen Diskurs einbringen, da wir uns vor Schuld nicht fürchten müssen. **Ich finde, das wäre eine der Herausforderung an den Protestantismus: aus seiner Tradition heraus beizutragen, Gespräche und die Auseinandersetzung so zu konzipieren, dass angesichts der vielen möglichen Alternativen Wege für Entscheidungen aufzeigen, gute Gründe nennen und Strategien aufzeigen können. Diese Entscheidungsfindung ist das eigentliche Feld der Politik.** Die politische Frage heißt: Welche Instrumente haben wir, um angesichts der Fülle von Alternativen, verschieden konzipierten Zukünften, unterschiedlichen Pfaden der Entwicklung doch zu Entscheidungen zu kommen, die einen möglichst großen Konsens abdecken? Wie können diese Entscheidungen so gestaltet werden, dass ein größtmögliches Bündnis der Akteure entsteht, welches offen ist, falls weitere Akteure auf diesen dann entschieden Pfad einbiegen wollen.

Ein Beispiel, wo dieses Verständnis von Politikfähigkeit gelungen ist, war die Enquetekommission des Bundestags zur Technikfolgenabschätzung in den 80er Jahren mit den verschiedenen Wegen zu dem Ausstieg aus der Atomenergie; es könnte die Kommission zur Atommüllendlagerung werden. Und ebenfalls ist das „Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ zu nennen, in dem auf dem Feld der Sozialpolitik entscheidende Fragestellungen eingebracht wurden und politikfähig aufbereitet wurden.



Dann wäre weniger positionell zu argumentieren, sondern auf Entscheidung und Konsens hin zu orientieren. Das würde an der, in der NEK schon erlebten politischen Kultur anknüpfen und diese Erfahrungen ausbauen und an die heutige Situation anpassen. Ihr Kriterium: Was kann als evangeliumsgemäßes Handeln gelten: sowohl in der Methode wie im Handeln. ist

Die existentielle Aufladung einzelner Positionen wäre unnötig, sie ließen sich vielmehr graduell abstimmen und danach bewerten, wie das größte Übel vermieden und das geringste erreicht werden kann. Das ist nicht ein „fauler Kompromiss“, so will ich weder verstanden noch denunziert werden, sondern ein kluges politisches Kapital, das zu verteidigen ist.

Leider hat meine Position einen Preis: Es geht (auch nach Gottesdiensten) jede und jeder zu der Partei, Gruppe, Demo, als Bürger, als Christ, als Mensch, die seiner Meinung entspricht - ein einheitliches Bild gibt die Kirche dann nicht. Das ist der Preis. Aber: Die Kirche muss auch kein einheitliches Bild geben, weil sie den politischen Streit nicht entscheidet. Sie dient vielmehr der Politikfähigkeit, weil sie zwei Dinge weiß: 1. Unterschiede sind nicht hinderlich, sondern lebensfördernd und Differenzen erweitern die Möglichkeiten. 2. Sie weiß, dass uns Schuld vergeben werden kann und kann dazu Umkehr und Einsicht predigen. Umkehren kann dann nur jede und jeder selbst.